

05.07.22

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Stellungnahme der Bundesregierung zu der Entschließung des Bundesrates zum Gesetz zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen (Kinder- und Jugendstärkungsgesetz - KJSG)

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend
Parlamentarischer Staatssekretär

Berlin, 4. Juli 2022

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Ministerpräsidenten
Bodo Ramelow

Sehr geehrter Herr Prsident,

der Bundesrat hat in seiner 1004. Sitzung am 7. Mai 2021 die Entschließung zum Gesetz zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen (Kinder- und Jugendstärkungsgesetz - KJSG), Bundesratsdrucksache 319/21 (B), beschlossen.

Die Bundesregierung begrüßt, dass der Bundesrat dem Gesetz zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen auch in dieser Entschließung nochmals ausdrücklich zustimmt und es als fachlich wünschenswerte Reform des SGB VIII bewertet.

In diesem Zusammenhang bedankt sich die Bundesregierung nochmals für die intensive Mitwirkung aller Länder an dem im Vorfeld des Gesetzgebungsverfahrens durchgeführten Beteiligungsprozess und für die im Rahmen der Stellungnahme des Bundesrates vom 12. Februar 2021 (Bundesratsdrucksache 5/21) vorgelegten fachlichen Vorschläge zur Weiterentwicklung des Kinder- und Jugendhilferechts.

* siehe Drucksache 319/21 (Beschluss)

26 dieser Vorschläge und Anliegen des Bundesrates wurden im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens im Gesetz aufgegriffen. Darüber hinaus wurde insbesondere in § 107 Absatz 4 SGB VIII das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) - einem Anliegen des Bundesrates Rechnung tragend - verpflichtet, die Wirkungen des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes einschließlich seiner finanziellen Auswirkungen auf Länder und Kommunen zu evaluieren. Über das Ergebnis dieser Evaluation muss das BMFSFJ gegenüber dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat Bericht erstatten.

Wie bereits in ihrer Gegenäußerung zur Stellungnahme des Bundesrates zum Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen (Bundestagsdrucksache 19/27481, S. 45 ff.) dargelegt, lehnt die Bundesregierung auch weiterhin die Forderung des Bundesrates zum Ausgleich der sich aus dem Gesetzesvollzug ergebenden Mehrkosten durch den Bund ab. Grundsätzlich haben Bund und Länder, wenn sie für den Vollzug von Bundesgesetzen zuständig sind, die damit einhergehenden Ausgaben jeweils mit ihren Haushaltsmitteln zu finanzieren (vgl. Artikel 104a Absatz 1 Grundgesetz). Ein Anspruch der Länder auf eine Neufestsetzung der Umsatzsteueranteile ist in Ansehung der Kostenfolgen des Gesetzes nicht ersichtlich.

Mit freundlichen Grüßen
Sven Lehmann